Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Weihnachtsausgabe 2018

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

auf europäischer Ebene geht es gerade ums Ganze. Großbritannien schlittert durch das eigene innenpolitische Chaos immer unaufhaltsamer auf einen ungeregelten Brexit zu. 2019 wird für Europa nicht nur deshalb ein enorm wichtiges, vielleicht ein entscheidendes Jahr. Auch die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen an. Die Gefahr einer rechten Welle bei diesen Wahlen muss uns antreiben, noch nachdrücklicher für Europa – für ein immer besser werdendes, soziales, demokratisch gestaltetes Europa – einzutreten. Dafür gilt es, einen engagierten Wahlkampf zu führen mit unserer Spitzenkandidatin Katarina Barley. Wir werden richtig Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Wie schwierig das Zusammenwirken unterschiedlicher politischer Ebenen ist, sehen wir auch am Beispiel der vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung. Überfraktionell haben wir uns darauf geeinigt, die Bundesländer mit fünf Milliarden Euro zu unterstützen, um die Digitalisierung in den Schulen voranzubringen. Doch ausgerechnet unser grüner Ministerpräsident führt die Phalanx der Länder an, diesen Reformschritt zu stoppen. Dabei wäre es gerade für unser industriell geprägtes Land der Tüftler und Erfinder dringend notwendig, unsere Kinder und Jugendlichen schneller fit zu machen für die mit der Digitalisierung verbundenen Innovationen.

So manche Krise war 2018 zu bestehen – in der Welt, in unserem Land und auch in der SPD – und trotzdem wurde unglaublich viel geschafft. Die Regierungsarbeit der ersten neun Monate trägt eine unverkennbar sozialdemokratische Handschrift: Wir haben mit dem sozialen Arbeitsmarkt für tausende langzeitarbeitslose Menschen neue Perspektiven geschaffen. Wir haben die Rechte von Millionen Mieterinnen und Mietern gestärkt und die finanzielle Situation von Familien verbessert. Die Kosten der Krankenversicherung werden wieder gerecht zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern geteilt. Wir haben das Absinken des Rentenniveaus gestoppt. Familien mit geringerem Einkommen müssen künftig keine Kitagebühren mehr zahlen.

Mit diesen Zielen vor Augen sind wir in die Koalition eingetreten. Und das alles haben wir in der Koalition schon jetzt bewegt. Nach der Wahl einer neuen Vorsitzenden der CDU wird sich im nächsten Jahr zeigen, wie die Zusammenarbeit weiter gelingt.

Es ist gut, dass mit den Weihnachtsfeiertagen eine etwas ruhigere Zeit beginnt. Ich wünsche allen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern ein frohes Fest und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

@ www.heike-baehrens.de

www.facebook.com/baehrensmdb

Runter mit den Mieten!

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage unserer Zeit. Die Mieten stiegen deutschlandweit allein zwischen 2017 und 2018 um 5,4 Prozent. In den Ballungsräumen steigen die Mieten seit Jahren noch schneller an. Die Mietpreisbremse war eine wichtige Maßnahme gegen unverhältnismäßig steigende Mieten. Aber es hat sich gezeigt, dass sie noch nicht ausreicht, um den Trend umzukehren und die Verdrängung durch Luxussanierungen und die Not wegen zu wenigem und zu teurem Wohnraum zu beenden.

Deshalb stärken wir die Rechte der Mieterinnen und Mieter weiter durch ein Mieterschutzgesetz. Gegen unzulässig hohe Mieten können Mieterinnen und Mieter einfacher vorgehen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Zukünftig werden Vermieterinnen und Vermieter verpflichtet, Mietenden vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert über die Höhe der Vormiete oder Modernisierungsmaßnahmen Auskunft zu geben. Sollte die Miete zu hoch sein, können Mieterinnen und Mieter besser dagegen vorgehen. Wir begrenzen die Modernisierungsumlage deutlich. Künftig dürfen anstatt wie bisher 11 Prozent nur noch jährlich 8 Prozent der Modernisierungskosten umgelegt werden. Außerdem gehen wir hart gegen Spekulanten vor. Wer Mieterinnen und Mieter rausmodernisiert, zahlt künftig Bußgelder bis zu 100.000 Euro. Und wir schließen eine Schutzlücke für soziale Träger. Wohnraum, der zu sozialen Zwecken weitervermietet wird, unterliegt zukünftig nicht mehr den Regelungen des Gewerbemietrechts. Hier gilt dann der Schutz des sozialen Mietrechts mit stärkerem Kündigungsschutz. Das gibt den sozialen Trägern Planungssicherheit und schützt sie vor Verdrängung.

Auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in Ballungsräumen, ist ein wichtiger Baustein unserer Wohnpolitik. Durch zu geringe Bautätigkeit und Bodenspekulation wird Wohnraum knapp und die Mieten steigen immer weiter. Deshalb schaffen wir in einem weiteren Gesetz, das genau wie das Mieterschutzgesetz gerade vom Bundestag verabschiedet wurde, steuerliche Anreize für die Bereitstellung von günstigen Mietwohnungen. Durch die Einführung einer steuerlichen Sonderabschreibung soll der Mietwohnungsneubau im bezahlbaren Mietsegment gefördert werden. Die Sonderabschreibung soll im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den folgenden drei Jahren jeweils 5 Prozent betragen. Auch wird die Herstellung von Wohnraum in bereits bestehenden Gebäuden gefördert. Das betrifft beispielsweise die Umwidmung von Gewerbeflächen oder den Ausbau von bislang ungenutzten Dachgeschossen. Wir erweitern auch den Spielraum von Wohnungsgenossenschaften für die dezentrale Erzeugung von Mieterstrom. Bisher gilt die Steuerbefreiung für Erträge von Wohnungsgenossenschaften aus Mieterstromanlagen bis zu einem Anteil von 10 Prozent der Gesamteinnahmen. Diese Grenze wurde auf 20 Prozent erhöht.

Auch für die Zukunft haben wir noch einiges vor: Beispielsweise die Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit 5 Mrd. Euro, eine Erhöhung des Wohngeldes und die verbilligte Abgabe von bundeseigenen Grundstücken an die Kommunen. Als SPD fordern wir zusätzlich einen fünfjährigen inflationsgekoppelten Mietpreisstopp, um Mieterinnen und Mieter kurzfristig zu entlasten.

Unterwegs im Landkreis

Geduld haben — das wünschen sich die Gäste am allermeisten von den Mitarbeiterinnen der Tagespflege. Daran orientieren sich Evelyn Papp und Annette Scheck bei der Personalauswahl für Ihre Tagespflegen in Gemeinde **Rechberghausen** und **Uhingen**. Die Freude am Umgang mit Menschen ist entscheidend. Und mir haben sie Tipps für die Verbesserung der gesetzlichen Regelungen mitgegeben.

Freude

Selbstbestimmung

Fröhlich wie immer ging‘s zu beim Kreisverein Leben mit Behinderung in **Süßen**, wo die zweite EUTB Beratungsstelle im Landkreis Göppingen eröffnet wurde und Silke Prandstätter ihr Amt übernommen hat. Es geht darum, „die Menschen zu stärken und die Dinge zu klären“, damit Menschen mit Behinderungen zu ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe kommen.

Beim Nikolausständerling im Bürgerbüro **Göppingen** unter dem Motto "Punsch und Premiere" zeigte Nachwuchsfilmemacher Simon Hoffmann seinen zweiten Film über mich und meine politische Arbeit: "Heike Baehrens. In Bewegung". Bald wird der 6-minütige Film auf Facebook und meiner Homepage zu sehen sein!

Spannung

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen

Heike Baehrens

SPD

Termine - 16. bis 18. Dezember 2018

Beschlossen! In der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten wurde es verabschiedet: das Gute-Kita-Gesetz. —> Alle Infos hier.

Sonntag, 16. Dezember 16:00 Uhr
Familien-Sonntagskonzert – Musik auf Schloss Filseck
Uhingen

Montag, 17. Dezember 19:00 Uhr
Bericht aus Berlin
SPD Ortsvereine Gerlingen und Ditzingen

Dienstag, 18. Dezember 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Bürgerbüro

EIN FROHES FEST & EINEN GUTEN START INS JAHR 2019

WÜNSCHEN HEIKE BAEHRENS UND IHR TEAM

Bürgerbüro

Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de

www.facebook.com/baehrensmdb

Stand: 14.12.2018, 11:00Uhr